

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abdruck des Textes: Die nationalpolitische Kampfbroschüre über den
Plan 20. VI. für den Herbst 1931. Die die Reichsregierung (insbesondere
an den Reichspräsidenten) 1.50 RM, Einreichungsfrist am
Mittwoch den 10. Juni an in der Reichsdruckerei Dresden-III, Gutenbergstraße 1

Abdruck des Textes: Die nationalpolitische Kampfbroschüre über den
Plan 20. VI. für den Herbst 1931. Die die Reichsregierung (insbesondere
an den Reichspräsidenten) 1.50 RM, Einreichungsfrist am
Mittwoch den 10. Juni an in der Reichsdruckerei Dresden-III, Gutenbergstraße 1

Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-III, Schulstraße 10
Sachverwalter: Walter Böhme, Dresden-III, Schulstraße 10
Sprechstunden: Montag 10-12 Uhr, alle anderen Tage 12-18 Uhr
Telefon: 1234567, 1234567, 1234567

7. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 2. Juni 1931

Nummer 102

Die Kommunistische Partei ruft:

Vollsturm gegen Hungergeheule

SPD-Braun für faschistischen Hungertums

Während in Leipzig die SPD-Führer ihre Rezepte zur Rettung des mörderischen Kapitalismus aus der Krise entwickeln, beschloß das Brüning-Kabinett am gestrigen Montag, endgültig die neue Notverordnung, die eine weitere, geradezu ungeheure soziale Ausplünderung des werktätigen Deutschland darstellt. Das Volk soll den Kapitalismus gesund hungern. So will es das Trustkapital. Brüning diktiert die Hungertum und die SPD hat schon ihre Unterstützung durch Freuden jugelagt.

Die Reichstagsfraktion der Kommunistischen Partei hat die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert.

Ein Wutsturm der gepöbelten Arbeiter, Angestellten und unteren Beamten, aller durch den faschistischen Hungertums des Kapitals in ihrer Existenz gefährdeten kleinen Leute, der Gewerbetreibenden, Bauern und der Rentempfinger geht durch das Volk. Wenn die Kommunistische Partei Deutschlands entwickelt ihren Plan der unverzüglichen Maßnahmen zur Rettung der werktätigen Schichten. Die Forderung der KPD-Fraktion auf Reichstagsaufruf ist verbunden mit der Organisation tausender öffentlicher Mahnwachen für die rote Sozialistische Front der KPD und KSD, zur Herstellung der Einheitsfront für die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms und Bauernhilfsprogramms der KPD. Nur die Kommunistische Partei, der sich alle proletarischen und christlichen werktätigen Schichten aus dem Lager der SPD und der Nazis zuwenden, zeigt den Weg zur Rettung der Werktätigen aus dem Elend.

Regierung stimmt Notverordnung zu

Berlin, 2. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Das Reichskabinett hat am Montag in einer Beratung den Inhalt der neuen Notverordnung endgültig beschlossen. Sie wird am Mittwoch dem Reichstag zur Beschlussfassung unterbreitet. Hier hängt alles von Freuden ab, jedoch hat Brüning bereits die Forderung, daß von sozialdemokratischer Seite kein Einspruch erhoben wird. Im Hinblick hierauf wird die Notverordnung, also noch im Laufe dieser Woche, verkündet und auf Grund des Artikels 48 dem hungernden Volk gewaltsam diktiert.

Von demokratischen Blättern wurde die Behauptung aufgestellt, daß Brüning noch im Laufe des Monats Juni eine achtstündige Sitzung des Reichstages beantragen würde, um sich in offener Debatte zu stellen. Das entspricht nicht den Tatsachen. Der Reichstag bleibt auch weiterhin ausgeschlossen.

So werden wir regiert! So sieht das parlamentarische „Mittelschichtentum“ des Volkes aus. Fürwahr, eine lehrreiche Aktion gerade jetzt während des Parteitag der SPD. Millionen erkennen in diesen Tagen, daß das Volk in diesem System nichts zu tun hat und daß es sein volles Selbstbestimmungsrecht erst erkämpfen muß. Darum geht es jetzt an, wenn die kommunistische Partei im Kampf für Arbeit und Brot auftritt. Nur durch revolutionäre Aktionen können die Massen des werktätigen Volkes eine solche außerparlamentarische Macht entfalten, daß die soziale Reaktion und die Faschisten aller Schattierungen in die Knie zwingen.

KPD-Antrag: Reichstagsaufruf

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat folgenden Brief an den Reichstagspräsidenten Ullrich gerichtet:

An den Präsidenten des Reichstages! Nach Meldungen von regierungsoffizieller Seite bedauert die Brüning-Regierung, bereits in den nächsten Tagen weitere arbeitserhöhende Notverordnungen herauszubringen. Nach den bisher vorliegenden Verhandlungen sollen die Beamtengehälter, besonders der unteren und mittleren Gruppen, erneuert gekürzt und ein Sonderzuschlag für Einkommensteuer (Kriegsteuer), also auch für die Volksteuer, erhoben werden. Besonders brutale Maßnahmen sind wiederum gegen das Millionenheer der Arbeitslosen vorgesehen. In der Arbeitslosenversicherung soll die Wartzeit verlängert, die Kriegsverlängerung abgebaut, die Unterhaltungsgebühren verkürzt und erneut große Schichten aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen werden. Die Erhöhung der jetzt schon untragbaren Massensteuer soll fortgesetzt, bei der Einkommensteuer der Satz verdoppelt und die Vermögenssteuer wesentlich erhöht werden. Auch vor dem Abbau der Hungerrenten der Kriegsoberer macht die Brüning-Regierung nicht halt.

Diese Pläne, die den drohenden Kontrast der kapitalistischen Wirtschaft auf Kosten der jetzt schon hungernden Werktätigen aufhalten sollen, müssen die Massenverelendung des gesamten arbeitenden Volkes in Deutschland in riesenhaftem Tempo beschleunigen.

Unter Ausschaltung des Reichstages und um die Stellungnahme der Parteien zu verhindern, sollen diese reaktionären Pläne durch die beschleunigten arbeitserhöhenden Diktatorverordnungen verwirklicht werden.

Die kommunistische Reichstagsfraktion, die gegen die neuen Hungerpläne Brüningens protestiert, fordert die sofortige Einberufung des Reichs-

tages, um den Parteien die Möglichkeit zu geben, sich zu den Absichten der Brüning-Regierung zu äußern und verlangt von der Reichsregierung, sich wegen dieser reaktionären Anschläge auf das werktätige Volk sofort vor dem Reichstag zu verantworten.

Unsere Antwort an Brüning und Weiser

Weitere Werbeerfolge

Stadtteil 5, Neustadt:

- 18 Parteimitglieder
- 12 KPD-Mitglieder
- 5 KAS - AS - Kampfbund
- 12 Arbeiterstimmen-Weiser
- 5 KPD-Wähler-Adressanten
- 300 Arbeiterstimmen, 130 KPD-Wähler und 250 Broschüren wurden verkauft.

Stadtteil 4:

- 167 Arbeiterstimmen und 180 Broschüren verkauft.

Tarnow: „SPD, der Arzt des Kapitalismus!“

Empörungsturm gegen Wels

SPD-Funktionär protestiert durch Uebertritt zur KPD!

(Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.)

Leipzig, den 2. Juni.

Der Verlauf des gestrigen Verhandlungstages auf dem Parteitag der SPD hat zu Ereignissen geführt, deren Bedeutung weit über den Rahmen der üblichen Ausweichungen hinausgeht. Das Ministerium Tarnows zur Frage der Wirtschaftskrise stellte neben der Fortsetzung der ungläubigen Kugelhöhe eine einzige Bankrotterklärung aller bisherigen Wirtschaftstheorien der Reformisten dar. Die Rede fand ihren „Höhepunkt“ in der Erklärung Tarnows, die SPD müsse am Randende des Kapitalismus sich als Kraft betätigen (!). Diese unerhörte, aber unweifelhaft aufrichtige Selbstenttarnung wurde auf der Zuhörertribüne von den SPD-Arbeitern mit ungeheurer Empörung aufgenommen. Die Entrüstung war so stark, daß der „linke“ Reichstagsabgeordnete Hegler, Weisau, genötigt war, einzuspringen. Er erklärte in seiner Diskussionsrede, daß die Arbeitslosen dieses Wort Tarnows mit einem Empörungsturm aufnehmen müßten. Daraufhin jagte Wels den „linken“ Führer rückwärts von der Rednertribüne und die feigen „linken“ Parteibürokraten wagten nicht einmal aufzumachen. Dafür brach jedoch ein erneuter Empörungsturm auf der Tribüne los, den Wels damit beantwortete, daß er höflich erklärte, die Tribüne würde die Beratungen des Parteitages nicht beinhalten. Diese provokatorische Erklärung stellte offene Kampfanlage an alle proletarischen Elemente in der SPD dar. Der minutenlange Proteststurm der proletarischen Tribünenbesucher zeigte deutlich, daß diese den Sinn der Provokation erkannt haben.

Die Antwort darauf wurde gestern abend in einer Riesenkundgebung der Kommunistischen Partei im „Rosenkeller“ erteilt, wo Genosse Rohmer, Leberlauer, seinen Uebertritt zur KPD vor den Arbeitern, unter denen sich Hunderte von Sozialdemokraten befanden, begründete. In dieser Versammlung trat als Diskussionsredner der Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete gewesen Franz Gerhardt Jakob, sagen, daß er bis zum 14. September sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter gewesen und heute nach Prädialmitglied der Deutschen Friedensgesellschaft ist. Jakob erklärte, daß er aus Ludwigshafen extra zum Parteitag gefahren sei, um seine bisherigen Freunde, die der „linken“ Opposition angehören, zu einer entschiedeneren Stellungnahme gegen den Parteivorstand zu bewegen. Die Vorgänge bereits am ersten Tag und das feige, verräterische Verhalten der „linken“ Führer, die sogar nach Ablehnung ihrer Anträge der Tarnowschen Resolution zustimmten, habe ihn belehrt. Unter jubelndem Beifall der Massen erklärte er seinen Uebertritt zur Kommunistischen Partei und appellierte an alle aufrechten oppositionellen SPD-Arbeiter diesem Schritt zu folgen.

Dieser Appell der bisherigen sozialdemokratischen Funktionäre findet lautenstimmigen Widerhall. Die Uebertritte beider proletarischer Elemente von der SPD zur KPD beweisen, daß die verlogenen Ränder der sozialdemokratischen Parteibürokratie die Massen nicht mehr von dem notwendigen Schritt abhalten können. Heute erhalten wir die Nachricht aus Freiberg, daß in einer öffentlichen kommunistischen Versammlung in Gabeln bei Eppendorf das SPD-Mitglied Martin seinen Uebertritt zur KPD mit folgender Begründung erklärte:

„Ich bin mir heute über die verräterische Rolle der SPD vollständig klar geworden, deshalb erkläre ich hiermit meinen Austritt aus der SPD und meinen Eintritt in die KPD.“

Die Provokationen Wels werden auch den letzten ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter die Augen öffnen über den Weg dieser Partei. Gerade durch den Verlauf des Parteitages tritt die kommunistische Partei und die Sowjetunion in den Mittelpunkt der Interessen auch der sozialdemokratischen Proletarier. Der Parteitag des Niederganges der SPD ist gleichzeitig ein Auftakt des Vormarsches der einzigen revolutionären Arbeiterpartei, der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Reichswehrsoldaten mit Arbeitern gegen Nazibanditen

In Frankfurt a. M. ereignete sich ein bedauerlicher Zwischenfall bei dem Nazitreffen am Wochenende. Einer Horde Nazis, welche mit dem Ruf: „Tod der Kommune“ über einen Arbeiter hierzelen, keilten sich mehrere Reichswehrsoldaten mit dem Ruf entgegen: „Euch werden wir den Tod der Kommune beibringen!“ Die Nazis waren durch das Sich-Einsetzen der Reichswehrsoldaten für den Arbeiter so überrascht, daß sie sofort die Flucht ergriffen.

Nach dem Uebertritt des Leutnant Scheringer in die Kommunistische Partei, nach dem Fall der roten Reiter von Fürttenwalde ist das Verhalten der Reichswehrsoldaten in Frankfurt ein bedeutungsvolles Symptom.

Massengeleit für ermordeten Genossen

Gestern wurde unser Genosse Räder, der von nationalsozialistischen Banditen erschossen worden war, beigelegt. Die Beilegung der Hagener Arbeiterschaft war ungeheuer. Bei dem am Marktplatz inmitten der Stadt waren etwa 30 000 versammelt, und im Zug, der von den Massen umflutet war, marschierten noch mehr als einhunderttausend Arbeiter, mehr als 10 000 Arbeiter. Auch uniformierte Reichsbannerarbeiter marschierten im Zug mit. Obwohl der Rückmarsch vom Friedhof von der Polizei nicht genehmigt war, wagte es die Polizei, angesichts der drohenden Stimmung der Massen und der Risikobeteiligung, nicht, den geschlossenen Abmarsch zu unterbinden.



Wels provoziert die SPD-Arbeiter